

Warberg schafft die Straßenausbaubeiträge ab

Der Gemeinderat hebt per Beschluss die bisher geltende Satzung für die Gemeindestraßen auf.

Von Dirk Fochler

Warberg. Den einmütigen Willen, die Straßenausbaubeiträge in Warberg abzuschaffen, hatte der Gemeinderat schon bekundet. Während seiner Sitzung am Dienstag hat der Gemeinderat dazu nun auch den formalen Beschluss gefasst und die dafür notwendige Aufhebungssatzung einstimmig verabschiedet.

Nun müssen Anlieger von Gemeindestraßen in Warberg nicht mehr dafür zahlen, wenn die Wegstrecken vor ihrer Haustür grundhaft erneuert oder saniert werden. Die dafür anfallenden Kosten werden nun in Gänze aus der Gemeindekasse beglichen.

Da die von den Anwohnern in Warberg erhobenen Beiträge bis dato fester Bestandteil der Kostenkalkulationen waren, stellt sich allerdings die Frage des Ersatzes für die von den Anwohnern bisher gezahlten Anteile. Diese Frage ließ der Gemeinderat unbeantwortet. Der Warberger Bürgermeister Klaus-Dieter Blohm verwies lediglich auf andere Kommunen, die ebenfalls keine

Straßenausbaubeiträge erheben würden und auch verschuldet seien.

„Da wird der Straßenbau über Kredite finanziert, und dies wird in der Regel auch von der Kommunalaufsicht genehmigt“, berichtete Klaus-Dieter Blohm.

Obwohl die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge rechtlich umstritten ist, wännen sich die Warberger juristisch auf der sicheren Seite. „Auch Kommunen, die deutlich höher verschuldet sind als wir und keine Beiträge erheben, genehmigt die Kommunalaufsicht die Haushalte. Von daher sehe ich keinen Grund, weshalb wir nun Probleme bekommen sollten“, stellte Blohm fest.

Zum Hintergrund: Verwaltungsrechtler sind der Auffassung, dass defizitär arbeitende Kommunen erst dann Kredite aufnehmen dürfen, wenn sie alle den Bürgern zumutbaren Möglichkeiten der Gebühren- oder Beitragseinnahme ausgeschöpft haben.

Die Trockenheit in den beiden vergangenen Sommern und der Bor-



Ausbau und Erneuerung der Kanalisation des Birkenwegs in Warberg: Die Anwohner werden nicht mehr an den Kosten beteiligt

FOTO: DIRK FOCHLER

kenkäfer haben dem Warberger Gemeindewald an der Missaue große Schäden zugefügt. Ratsmitglied Hartwig Behme sprach sich aber gegen geplante Aufräum- und Aufforstungsarbeiten aus. „Wir müssten dafür kreditfinanzierte 5000 Euro ausgeben und würden das Problem des Borkenkäferbefalls trotzdem nicht lösen. Es wäre sinnvoller und nachhaltiger, den Wald sich selbst zu überlassen. Lediglich im Bereich des Wanderweges sollten wir um-

sturzgefährdete Bäume entnehmen“, erklärte Hartwig Behme.

Die große Mehrheit des Rates wollte aber Behmes Vorschlag nicht folgen und beschloss deshalb die Entnahme aller geschädigten Fichten im Gemeindewald an der Missaue unter Einsatz eines Harvesters und von Rückefahrzeugen. Für die geschätzt dadurch anfallenden 300 Raummeter Holz erwartet die Gemeinde Verkaufserlöse von etwa 1800 Euro.